

# Kreisjugendring Nürnberg-Stadt

## Frühjahrs-Vollversammlung am 14. Mai 2019

**Antrag Nr. 1**

**Antragsteller: Evangelische Jugend Nürnberg,  
DIDF (Junge Stimme e.V.)**

1

### 2 **Unterbringung von Familien mit Fluchterfahrung**

3

4 Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (KJR), seine Mitgliedsverbände und insbesondere  
5 die Kommission Jugendarbeit und junge Geflüchtete setzen sich dafür ein, dass in  
6 Nürnberg für Familien mit Fluchterfahrung eine familienfreundliche, kinderfreundliche  
7 und kleinräumige Unterbringung gewährleistet wird. Wie im Artikel 6 Absatz 1 des  
8 Grundgesetzes verankert, steht die Familie unter besonderem Schutz der staatlichen  
9 Ordnung.

10

11 Die Antragsteller fordern deshalb:

- 12 1. Familien, die bereits in dezentraler Form untergebracht sind, sollen nicht wieder in  
13 Großeinrichtungen rückgeführt werden.  
14 2. Bestehende soziale Strukturen der Familien in den Stadtteilen sollen durch einen Ver-  
15 bleib in einer kleinräumigen Unterbringung geschützt werden.  
16 3. An die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen soll eine zügige dezentrale Unter-  
17 bringung anschließen<sup>1</sup>.

18

- 19 **4. Aus den Punkten 1 bis 3 ergibt sich die Forderung der Antragsteller an die**  
20 **Vollversammlung, dass die Umzüge der Familien in der Öffentlichkeit durch**  
21 **Zeitungsartikel, Positionspapiere etc. thematisiert werden.**

---

<sup>1</sup> Bayerischer Flüchtlingsrat (18.10.2018): Für eine humane Flüchtlingspolitik in Bayern. München, S.1

1 Begründung:  
2 Viele Familien mit Fluchterfahrung sind in Nürnberg dezentral in Wohnungen unterge-  
3 bracht, die von der Stadt Nürnberg im Zuge des hohen Bedarfs in den Jahren  
4 2015/2016 angemietet wurden.  
5 Viele Familien haben sich inzwischen soziale Kontakte aufgebaut und sind in den sozi-  
6 alen Strukturen in ihren Stadtvierteln vernetzt. Nun werden aktuell vermehrt diese  
7 Wohnungen von der Stadt Nürnberg wieder gekündigt und die Familien sollen in die  
8 großen Unterkünfte, wie in der Münchner Straße, ziehen.  
9 Für unter sechsjährige Kinder, die 2018 28,9 % der Asylbewerber\*innen darstellten,  
10 gibt es in großen Unterkünften keine hinreichenden Bildungs- und Betreuungsange-  
11 bote<sup>2</sup>.  
12 Die Antragsteller sehen in dieser Rückführung der Familien in große Unterkünfte einen  
13 Schritt zurück. Statt Integration wird die ‚Ghettoisierung‘ gefördert.  
14 Kontaktabbrüche und soziale Isolation, die als Folge des Umzugs bei vielen Familien  
15 zu erwarten sind, stehen im Widerspruch zu den Integrationsbemühungen von Seiten  
16 der Familien und der Jugendarbeit der vergangenen Jahre.  
17 Des Weiteren ist in großen Unterkünften keine kindgerechte Unterbringung möglich.  
18 Der Kinderschutz nach der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-KRK)  
19 kann in bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen nicht ausreichend gesichert werden<sup>3</sup>.  
20 Nach Art.16 UN-KRK haben Kinder ein Recht auf Schutz der Privatsphäre. In großen  
21 Unterkünften ist keine räumliche Trennung von Familien, Frauen und Männern möglich.  
22 Familien sollten aber in geschützten Wohnungen untergebracht werden, ohne dass  
23 fremde, allein gereiste Menschen auch in dieser Wohnung untergebracht wären.  
24 Zudem bestätigen „örtlich zuständige Jugendämter sowie Risikoanalysen (Save the  
25 Children) [...], dass es in allen Massenunterkünften zu Kindesmisshandlung und -ver-  
26 nachlässigung, sowie zu emotionalen und sexuellen Missbrauchsfällen kommt“<sup>4</sup>. Nach  
27 Art. 19 der UN-KRK haben Kinder ein Recht auf Schutz vor Gewaltanwendung, Miss-  
28 handlung, Vernachlässigung und sexuellem Missbrauch.  
29 Für alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre gilt uneingeschränkt die UN-KRK. Im  
30 Jahr 2018 waren unter den 161.931 geflüchteten Menschen, die in Deutschland Asyl  
31 beantragten 78.298 Kinder zwischen 0 und 18 Jahren<sup>5</sup>. Das entspricht einem prozen-  
32 tualen Anteil von 48,35%.  
33 Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist also eine zentrale Aufgabe im Kontext  
34 von Flucht und Asyl. Daher stellen große Unterkünfte keine geeignete Unterbringung  
35 für Familien dar, weswegen die Familien in den kleinräumigen Wohnungen weiterhin  
36 wohnen dürfen sollen.

---

<sup>2</sup> Freie Wohlfahrtspflege Bayern (19.09.2018): Dinglicher Appell – Kinderrechte in Aufnahmeeinrichtungen und Ankerzentren sichern. München, S.3

<sup>3</sup> Freie Wohlfahrtspflege Bayern (19.09.2018): Dinglicher Appell – Kinderrechte in Aufnahmeeinrichtungen und Ankerzentren sichern. München, S.1.

<sup>4</sup> Ebd., S.2

<sup>5</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Asylbewerber nach Alter.

URL: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland>  
(Letzter Zugriff 25.03.19)

# Kreisjugendring Nürnberg-Stadt

Frühjahrs-Vollversammlung  
am 14. Mai 2019

Antrag Nr. 2

Antragsteller: BDKJ, Evangelische Jugend Nürnberg

1

## 2 Europa zukunftsfähig machen!

3

4 Der KJR Nürnberg-Stadt sieht ein starkes und vereintes Europa als die Zukunft junger  
5 Europäer\*innen. In Zeiten, in denen in einer globalisierten Welt Entscheidungen und  
6 Entwicklungen auf eine europäische und internationale Ebene gehoben werden, braucht  
7 es starke internationale Zusammenschlüsse, um wirtschaftliche und gesellschaftliche  
8 Entwicklungen politisch wirksam begleiten zu können. Im Zuge der Finanzkrise von  
9 2008 und den folgenden Ereignissen hat sich gezeigt, wie groß noch immer die Kluft  
10 zwischen den verschiedenen europäischen Staaten ist. Dies führte auch zu einem mas-  
11 siven Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem unter jungen Europäer\*innen, häufig unab-  
12 hängig vom individuellen Bildungsabschluss. Ziel der Europäischen Union muss es sein,  
13 für alle jungen Menschen in Europa gleichwertige Lebensverhältnisse mit guten Zu-  
14 kunftschanzen zu schaffen – und dabei ganz Europa im Blick zu haben.

15

16 Um das zu gewährleisten, braucht es ein demokratisches Europa, das bei seinen Ent-  
17 scheidungen die Interessen aller Europäer\*innen berücksichtigt. Nationale Einzelinte-  
18 ressen hingegen dürfen nicht vorrangig für europäische Entscheidungen sein. Um das  
19 zu erreichen, müssen strukturelle Veränderungen in den europäischen Institutionen  
20 und Grundsätzen vorgenommen werden.

21

22 Der KJR Nürnberg fordert daher konkret:

23

- 24 - Senkung des Wahlalters auf 16 Jahren bei europäischen Wahlen, um den Ein-  
25 fluss von jungen Menschen zu stärken.
- 26 - Ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments für die europäische Gesetzge-  
27 bung, um die Stellung der direkt gewählten Abgeordneten gegenüber national  
28 berufenen Kommissaren zu stärken.

1 - Die Abschaffung der grundsätzlichen Konsensentscheidung im Europäischen  
2 Rat zugunsten einer Mehrheitsentscheidung, um dem gesamteuropäischen In-  
3 teresse dem nationalen Wohl von Einzelstaaten Vorrang zu gewähren.

4 Für die Umsetzung der Forderungen braucht es eine starke proeuropäische Fraktions-  
5 mehrheit im Europäischen Parlament, deren Mitglieder vor allem die Interessen junger  
6 Menschen im Blick haben. Der KJR Nürnberg ruft deshalb alle jungen Wähler\*innen  
7 dazu auf, an der Europawahl teilzunehmen und ihre Stimme einer proeuropäischen  
8 Partei zu geben.

9

# Kreisjugendring Nürnberg-Stadt

Frühjahrs-Vollversammlung  
am 14. Mai 2019

Antrag Nr. 3

Antragsteller: BDKJ, Evangelische Jugend Nürnberg

1

## 2 **Jugendquote auf den Listen zur Kommunalwahl**

3

4 Der KJR Nürnberg-Stadt fordert die Nürnberger Parteien und Wählergemeinschaften  
5 dazu auf, ihre Listen für die Stadtratswahl 2020 mit jungen Menschen zu besetzen.  
6 Konkret fordert der KJR einen Anteil von mindestens 25 Prozent der unter 25jährigen  
7 unter den Kandidat\*innen.

8

## 9 **Begründung**

10 Mit „laut!“ können Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene bereits aktiv am poli-  
11 tischen Geschehen in der Stadt partizipieren und ihre Wünsche an die Verantwortli-  
12 chen kommunizieren. Für eine adäquate politische Repräsentation braucht es aber  
13 Vertreter\*innen der jungen Altersgruppe in den entscheidenden Stadtgremien. Politi-  
14 sche Partizipation soll nicht vor den Toren des Rathauses enden. Junge Menschen  
15 müssen – damit ihre Interessen in der Kommunalpolitik zwingend Gehör finden – die  
16 Chance und Unterstützung durch die unmittelbaren politischen Akteure erhalten,  
17 Stadtpolitik aktiv und als gewählte Vertreter mitzubestimmen.

18

19 Der Bevölkerungsanteil der Kinder und Jugendlichen in Nürnberg liegt laut dem Amt  
20 für Stadtforschung und Statistik bei circa 25 Prozent. Dieser Anteil soll auch eine an-  
21 gemessene Berücksichtigung auf den Kommunallisten der Parteien finden.